Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/6635

20. 01. 94

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Ilja Seifert, Bernd Henn und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Reform der Deutschen Bundespost

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch geeignete Maßnahmen Voraussetzungen zu schaffen und zu sichern, daß

   a) Dienstleistungen und Infrastruktur der Post und Telekommunikation den Bürgerinnen und Bürgern überall in Deutschland grundsätzlich in der gleichen Qualität und zu gleichen Tarifen zur Verfügung stehen;

   b) Gelbe Post und Postbank mit einem breiten Leistungsspektrum als bürgernahe Einrichtungen in allen Stadtbezirken und Dörfern, gerade auch für ältere und behinderte Menschen, gut erreichbar sind, bleiben oder werden;

   c) verhindert wird, daß die Postdienste in den Randbereichen der Städte und im ländlichen Raum weiter ausgedünnt werden;

   d) Fehlentwicklungen durch die sogenannte Postreform I korrigiert werden, die Postdienste wieder vereinheitlicht und darüber hinaus das Dienstleistungsangebot in der Fläche in Kooperation mit anderen Institutionen erweitert werden;

   e) für jeden Bürger und für jede Bürgerin gut erreichbare Zentren für öffentliche und private Dienstleistungen und für kommunale Verwaltungen vorhanden sind, die unter anderem in Postämtern eingerichtet werden können.

2. Wenn die Postdienste aus der bundesunmittelbaren Verwaltung entlassen werden sollen, ist zu gewährleisten, daß

   a) Post und Telekommunikation durch eine oder mehrere Anstalten öffentlichen Rechts geführt werden;

   b) für die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Post und Telekommunikation ein modernes einheitliches Dienstrecht eingeführt wird, das die Arbeitnehmer einerseits auf den Infrastrukturauftrag des Grundgesetzes verpflichtet und

andererseits das Lebenszeit- und Versorgungsprinzip für alle Arbeitnehmer der Postdienste garantiert und darüber hinaus die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Tarifautonomie regelt;

c) im Rahmen einer Anstalt öffentlichen Rechts Post und Telekommunikation der demokratischen Kontrolle von Deutschem Bundestag und Länderparlamenten unterliegen – bei paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Montan-Modell;

d) die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Post und Telekommunikation verbessert wird.

Bonn, den 20. Januar 1994

Dr. Ilja Seifert
Bernd Henn
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Gruppe der PDS/Linke Liste lehnt eine Privatisierung der Post und Telekommunikation ab.

Wir halten die Politik des Ausverkaufs, die auf kommunaler Ebene ihre Entsprechung in der Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Betriebe findet, im Grundsatz für verhängnisvoll und unverantwortlich. Selbst wenn der teilweise oder gar vollständige Verkauf von Telekommunikation und Post zunächst einmalig größere Geldeinnahmen für den Staat einbringen, die aller Wahrscheinlichkeit nach sofort benutzt werden, um den löchrigen Bundeshaushalt zu sanieren, geht damit dem Bund eine potentielle Einnahmequelle verloren. Außerdem verliert der Staat Regulierungsmöglichkeiten und organisiert sich eine nicht ungefährliche Abhängigkeit.

Zweifellos ist anzuerkennen, daß die veränderten Rahmenbedingungen für Postdienste und Telekommunikation im europäischen Raum mehr unternehmerische Handlungskompetenzen für das jeweilige Management und den Abbau bürokratischer Fesseln verlangen. Die daraus resultierenden notwendigen Reformmaßnahmen sind bei entsprechendem politischen Willen ohne Grundgesetzänderung und ohne Privatisierung möglich.

Wohin eine Privatisierung führen würde, zeigt das Beispiel Großbritanniens, wo Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen als Kleinkunden mittels hoher Tarife die Niedrigtarife der Großkunden der Postdienste zu finanzieren helfen. Statt durch verantwortungsvolle politische Entscheidungen Post und Telekommunikation zu einer effektiveren Springquelle für Staatseinnahmen zu machen, wird seitens der Bundesregierung die Privatisierungsvariante gewählt, die mit schlimmen sozialen Folgen verbunden ist. Gewinnversprechende Einrichtungen wie die Telekommunikation privaten Betreibern zu verkaufen, verschärft den Widerspruch, in dem sich die Bundesregierung befindet, denn sie trägt auch weiter die finanzielle Verantwortung für

die bei ihr verbleibenden, für sich genommen „unwirtschaftlichen" Dienstleistungsbereiche. Gegen die Privatisierung sprechen auch die beachtlichen Leistungen von Post und Telekommunikation in den neuen Bundesländern. Kein privater Betreiber wäre je in der Lage und bereit gewesen, solche Investitionen durchzuführen.

Bereits die bis jetzt durchgeführten Reformmaßnahmen haben gravierende Verschlechterungen für viele Bürgerinnen und Bürger vor allem in der Versorgung mit Postleistungen gebracht und Tausenden Postlern ihre Arbeitsplätze gekostet. Von steigenden Preisen bei Briefen und Paketen, der Schließung von Postämtern und Poststellen, der Veränderung der Öffnungszeiten, der Umstrukturierung der angebotenen Leistungen, der Verlängerung der Wartezeiten infolge Personalreduzierung u. a. m. sind besonders ältere und behinderte Menschen hart betroffen.

Die Postreform II, wie sie bisher geplant ist, würde die Dienstleistungen der Post ebenso verschlechtern wie sie weiteren Tausenden dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze rauben würde.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333